



Insertions-Gebühr für die 4gehaltene Korrespondenz oder deren Raum für Werseburger und Umgebung 10 Pf., für auswärtig 13 Pf. Für periodische u. größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung nach Vereinbarung. Kompletter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Reklamen außerhalb des Inseratenpreises 30 Pf. Beilagen nach Uebereinstimmung. Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen.

Sonnentagspreis vierteljährlich mit „Illustriertem Sonntagsblatt“ bei den Kundigen 1,40 Mk., in den Abgabestellen 1,20 Mk., beim Postträger 1,60 Mk., mit Randbelegungs-Gebühren 1,95 Mk. Die einzelne Nr. wird mit 10 Pf. berechnet. Redaction und Expedition: Altenburger Schloß 6.

Das „Werseburger Kreisblatt“ erscheint täglich Nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Werseburger Kreisblatt.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Werseburger Kreis-Verwaltung.)

Gratis-Beilage: „Illustriertes Sonntagsblatt.“

Anzeigen-Nachnahme für die Tagesnummer bis 9 Uhr Vormittags, größere Anzeigen werden möglichst tags zuvor eintreten.

Aufgebot.

Der Knecht **Gustav Adolf Weise** aus Werseburg, geboren am 21. August 1856, Sohn des Weinwebers Andreas Gottfried Weise und dessen Ehefrau Marie Caroline Friederike Guch, Wogler d. Selbst, welcher im Jahre 1879 nach Amerika ausgewandert sein soll und von dessen Leben oder Tode seitdem keine Nachricht eingegangen ist, wird auf Antrag seines Vormundes, des Bauunternehmers Ernst Göge zu Werseburg, hierdurch aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermin **am 27. Januar 1892, Vormittags 10 Uhr** bei dem unterzeichneten Gericht, **Zimmer Nr. 37**, zu melden, widrigenfalls **seine Todeserklärung** erfolgen wird. Werseburg, den 1. April 1891. **Königliches Amtsgericht, Abtheilung V.**

Werseburg, den 15. April 1891.

„Krisis“

Die socialdemokratische Presse stellt es jetzt so dar, als hätten die Bergbauunternehmer einen allgemeinen Vergarbeitsvertrag anstreben wollen und als wäre es nur der Besonnenheit der Führer gelungen, diesen Plan zu durchkreuzen. Man sollte dies faum für möglich halten, aber es ist so. Der Vertreter eines deutschen Deputationsbüros hatte mit einem der deutschen Delegierten auf dem internationalen Vergarbeitskongress in Paris eine Unterredung, in welcher der Delegierte sich u. A. wie folgt ausdrückte: Die Vergarbeiter hegen den Verdacht, daß die Strikebewegung insgesammt von den Arbeitgebern, ja selbst von der Regierung unterstützt werde, damit sie die Krisis provocieren und eine gewaltsame Unterdrückung veranlaßt werden könnte. Ein Strike könne nur gelingen bei guter Geschäftsgrundlage. Die Arbeitgeber dürften ihrerseits Verbände gegenüber den organisierten Arbeitern. Die Hedenphindate förderten über den Bedarf hinaus Kohlenvorräte, um die Unternehmer im Falle des Strikes schädlich zu halten. Die Regierung ihrerseits sei weit entfernt davon, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen; gerade die staatlichen Behörden verhalten sich feindseliger als alle übrigen jeder Herabsetzung der Arbeitszeit feindlich, die in den historischen Zeiten noch ausgedehnter sei als anderswo. Man könnte einwenden, daß der Correspondent vielleicht gerade an einen recht unverständigen Delegierten gerathen sei. Allein das offizielle Organ der socialdemokratischen Partei, „Vorwärts“ brachte jene Auslassungen ohne jeden Vorbehalt zum Beweise dafür ab, daß die Pläne der Unternehmer erkannt seien und die Arbeiter den Forderungen nicht den Gehorsam thun werden, einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen. Es wird also ein solcher Verdacht unter den Vergarbeitern wirklich bestände, könnte er ihnen nur von einseitigen oder gewissenlosen Menschen eingegeben worden sein. In den letzten Wochen hat man fast täglich davon hören und lesen können, wie die Unternehmer über Mittel und Wege berathschlagen, um einen allgemeinen Strike zu vermeiden oder seine Schäden und Gefahren zu mildern. Was aber die Regierung betrifft, so beharrt es wahrhaftig seines weiteren Wortes dafür, daß sie mit allen Kräften bestrebt ist, das Unheil in großen Maßstab zu vermeiden. Doch in den historischen Zeiten die Arbeitszeit länger sei als anderswo, ist eine Unwahrheit. Auf den Saarbrücker Gruben hat nach dem Frühjahrsausstand 1889 eine Winkung der früher 11 und 10 Stunden die Schicht auf 8 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt stattgefunden, was einen Rückgang der Arbeitsleistung um 10 Pf. bewirkte. In einer öffentlichen Erklärung des Vorstandes des Saarbrücker Arbeiterschutzbereins vom 2. December 1889 wurde bereits ausgeprochen, daß bezüglich der Schichtdauer die Wünsche der Arbeiterschaft größtentheils erfüllt, sowie daß die Löhne — die damals sich für die Dauerzeit durchschnittlich auf 422 Mk. (November 1889) berechneten — „gewiß befriedigend, ja theilweise bedeutend hoch“ seien. — Darüber darf sich Niemand täuschen lassen, daß der socialdemokratische Einfluß gegen einen allgemeinen Strike angestrichelt nur darum geltend gemacht worden ist, weil die Zeit zur Herausbeschaffung einer Krisis noch nicht gekommen erscheint und vorerst weitere Vorbereitungen zu machen getroffen werden sollen. Obendrein beweisen die neuesten Berichte über den Pariser Vergarbeitskongress, wie von verschiedenen Seiten, namentlich belgischer und deutscher, auf den „unermüdeten“ Ausdruck eines allgemeinen Strikes, sei es vor, sei es nach dem 1. Mai dieses Jahres, hingearbeitet wird.

blüchlich nur darum geltend gemacht worden ist, weil die Zeit zur Herausbeschaffung einer Krisis noch nicht gekommen erscheint und vorerst weitere Vorbereitungen zu machen getroffen werden sollen. Obendrein beweisen die neuesten Berichte über den Pariser Vergarbeitskongress, wie von verschiedenen Seiten, namentlich belgischer und deutscher, auf den „unermüdeten“ Ausdruck eines allgemeinen Strikes, sei es vor, sei es nach dem 1. Mai dieses Jahres, hingearbeitet wird.

Belittliche Tagesfragen.

Die Aufsehen erregende Nachricht, daß die Kronprinzessin Sophie von Griechenland, dritte Schwester des deutschen Kaisers, nun doch zum griechisch-katholischen Glauben übertritten wird, wird bestätigt. Es ist aber unrichtig, wenn gesagt wird, der Konfessionswechsel sei schon von früher her in Aussicht genommen. Im Gegentheil ist der Prinzessin bei ihrer Vermählung ausdrücklich das Recht gewährleistet, beim protestantischen Glauben bleiben zu dürfen. Man wird wohl so lange auf die junge Prinzessin in Athen eingeredet haben, bis sie nachgegeben hat. In Petersburg ist es bei der Großfürstin Sergius ja ebenso gewesen.

Die amerikanischen Follerhöbungen lösen der deutschen Industrie ein gehöriges Stück Geld. Allein aus Norddeutschland sind nach den amtlichen Ausweisen fast zehn Millionen Mark weniger nach Amerika im ersten Quartal 1891 ausgeführt, als im ersten Quartal 1890. Das giebt zu denken.

Zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer und Herbst des Jahres 1890 herbeigeführten Verwerungen ist, wie wir in gestriger Nummer erwähnten, dem Abgeordnetenhaus ein Antrag der Abgeordneten Walther und Gen. zugegangen, der auch die Unterthür der Landtagsabgeordneten des Werseburger-Dauerfurter Wahlkreises anweist. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen: Dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer und Herbst des Jahres 1890 herbeigeführten Verwerungen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Reichstages der Monarchie, was folgt: Einziges Vorgesetz.

Das Gesetz vom 15. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verwerungen (Gesetzsamml. S. 103) wird, unbeschadet des Gesetzes vom 8. Mai 1889 (Gesetzsamml. S. 102) auf die Beseitigung derjenigen Verwerungen ausgedehnt, welche durch die Hochwasser im Sommer und Herbst des Jahres 1890 herbeigeführt worden sind.

Bestin, den 11. April 1891. **Walther.** Reich v. Bismarck, Reich v. Bodenhausen, Reich v. Ertz-Bernburg, Reich v. Hartmann (Vize), v. Helfferich, Reich v. A. Koseritz, v. Bräuer, Reich v. Jagemann, Reich v. Thern, Reich v. Dr. Graf v. Sauerma-Kupperdorff, Reich v. Bielow. **Wegrandung.** Im Sommer und Herbst des Jahres 1890 sind durch die Hochwasser, insbesondere der Elbe und Saale, Verwerungen herbeigeführt worden, welche die wirtschaftliche Thätigkeit vieler Gebiete bedrohen. Am 6. und 7. December 1890 hat die Elbe von der Schiffsahrt herzu am bis in den Wittenberger Kreis hinein eine Anzahl Dämme durchbrochen und eine große Zahl Dörfern der Kreise Torzau, Liebenwerda, Schwering

und Wittenberg schwer heimgesucht. Es sind viele Flächen Acker und Wiese für lange Zeit ertraglos gemacht, welche Entwürfe wogegenkommen oder verordnet, viele Viehställe zerstört und polterliche Hochwasser, Schuppen und Ställe theilweise eingestürzt, Vieh fast verhungert. Der Gesamtschaden der Betroffenen beträgt sich in den vier Kreisen auf rund 2500 000 Mark und daneben sind für die Wiederherstellung und die von der Regierung gebildete Vertheilung der Dämme sowie für sonstige Anlagen noch rund 3000 000 Mark anzuhängen.

Ganz ähnliche Verwerungen hat im November 1890 die Saale angerichtet. Der Schaden stellt sich in den hier in Betracht kommenden Kreisen Werseburg, Liebenwerda und Naumburg einschließlich der Kosten der Wiederherstellung und Verbesserung der Dämme auf insgesamt 1200 000 Mark.

Die vorliegenden Ueberschwemmungsschäden sind so überaus groß, daß sie von den Vermögenslosen allein nicht getrieben werden können und daß, da die darüber anzuwendende Thätigkeit Privater selbstverständlich irgend- wie durchgreifend nicht gut wirken können, Staatshilfe unumgänglich nothwendig erscheint.

Durch die Gesetzgebung vom 13. Mai 1888 (Gesetzsamml. S. 102) und vom 8. Mai 1889 (Gesetzsamml. S. 102) ist der Staatregierung zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr und Sommer des Jahres 1888 herbeigeführten Verwerungen der Betrag von 34 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Nach den amtlichen Ermittlungen sind von der obgenannten Summe noch einige Millionen Mark disponibel. Der vorliegende Entwurf erstreckt die Verwendung dieser disponiblen Mittel zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer und Herbst 1890 herbeigeführten Verwerungen.

Die Untreue und Unehrllichkeit vieler „Genossen“, die mit Verwaltung von Geldern betraut sind, bereitet der socialdemokratischen Parteileitung häufig Verdruss und Berlegenheit. Die „Magdeb. Zig.“ schreibt über diesen Gegenstand:

Um die Klagen darüber fennen zu lernen, was man nicht die politische Tagespresse der Partei einsehen, sondern ihre Fachblätter. So konnte man im Laufe des vorigen Jahres fast in jeder Nummer des „Zimmerers“, des „Arbeiters“ und anderer solcher Blätter Inzerate finden, in denen unter Androhung von Namensnennung und weiteren Schritten zur Ablieferung unterthäniger Gelder aufgefordert wurde. Diese Art von Inzeraten machte schließlich in den Reihen der Leser einen so peinlichen und beschämenden Eindruck, daß die Redaction eines dieser Blätter sich veranlaßt sah, öffentlich zu erklären, derartige Inzerate nicht länger dulden zu wollen. Daß sich die Verurtheilungen in Folge dessen vermindert hätten, ist nicht anzunehmen; sie gelangten nun nur noch seltener zur öffentlichen Kenntniss. Neuerdings ist in einer öffentlichen Versammlung der Berliner Tischler ein ähnlicher Fall zur Verhandlung gelangt. Die Berliner Färberei-Kommission der Tischler, welche die Streithaltigkeit u. überwas und darüber an die Central-Streit-Kommission der deutschen Tischler in Stuttgart zu berichten hat, erstattete ihre Rechenchaftsberichte. Der Kassier derselben hatte nun von den 776 Mk., die noch in der Kasse sein mußten, nur gegen 72 Mk. vorgefunden. Das Resultat der sehr erregten Debatte, die durch diese Mittheilung in der Versammlung hervorgerufen wurde, war, daß der Kassierer der Kommission für alle allein Schuldige anerkannt und ihm das Recht entzogen wurde, jemals wieder ein Amt in der Arbeiterbewegung bekleiden zu dürfen. In solchen Vorgängen wird man eine treffliche Illustration zu der Behauptung finden, daß in dem zukünftigen socialistischen Staate von Unehrllichkeit nicht mehr die Rede sein oder, wie Bellamy sich ausdrückt, ferner keine Eingriffe in das Vermögen an anderer stattfinden werden, so daß die Gerichte auch in dieser Beziehung kaum noch erforderlich sein werden.

Sachjüngere. Die Provinzialblätter des preussischen Ostens bringen seit einiger Zeit schon wieder fast täglich Berichte über den ungeheueren Umfang, den in diesem Jahre die Sachjüngerei annimmt. So wird dem „Bohner Tageblatt“ aus dem Kreise Jaroschin geschrieben: „Nach in diesem Jahre wohl ist die Zahl der Sachjüngere so groß gewesen, als in diesem. Zu Hunderten sieben sie in die Fremde; Hunderte folgen nach. Ueberall finden sich Agenten, welche mit allen Mitteln zur Sachjüngerei auffordern. Schreiber dieser Zeilen hat Gelegenheit gehabt, in die Verhältnisse der Leute einen Einblick zu erhalten. Es

ist nicht der große Verdienst, welcher loht — wenn die Leute hier ebenso eifrig arbeiten wollten, würden sie das gleiche an Lohn erhalten können — sondern meist die Sucht nach Abenteuer, nach dem freien, wilden Leben in der Fremde. Man muß die Mädchen und Burchen auf den Bahnhöfen beobachten, wo sie halbe und ganze Tage vor der Abfahrt sitz erfinden, wie sie Schnaps trinken und derbe Späße treiben. Vieles befinden sich darunter halbwildliche Mädchen und Burchen, in deren Seelen der Keim zu sittlicher Verwilderung gelegt wird. Obwohl Sonderzüge eingelegt werden, erleben die Personenzüge in der Richtung nach Polen erhebliche Verpätungen, weil auf fast allen Stationen der Anbruch der Fahrgäste ungeheuer ist. Die Dörfer werden leer, nur Kranke und Gebrechliche fast bleiben zurück. Zum April haben viele das Dienstverhältniß zu ihrer Herrschaft gelöst; manche entlaufen sogar. Die heimischen Landwirthe sehen mit schwerer Sorge der Zukunft entgegen.“ Daß aber auch die Stadtbewohner unter dieser Massenwanderung leidet, zeigt die nachstehende Meldung aus Noworajaw: „Die Auswanderung in die Inhabereise des Sachjens und Thätigen aus unserer Stadt und der näheren Umgegend nimmt auch in diesem Jahre wieder einen bedeutenden Umfang an. Täglich gegen Abend lagern Schaaren von Leuten verschiedener Alters und beiderlei Geschlechts auf dem Bahnhofe, des Zuges wartend, der ohnehin schon Massen von Arbeitern mit sich führt. Infolge dessen ist der Mangel an Diensthöfen in unserer Stadt wieder in einschneidender Weise aufgetreten. Viele Diensthöfen, die ein Handgeld von fünfzig bis hundert Rubel in Empfang genommen hatten sind trotzdem in die Ferne gezogen.“ Noch immer ist die Frage, auf welche Weise der in manniacher Hinsicht verberblichen Sachjüngerei zu steuern sei, eine offene, und doch ist an dieser Angelegenheit nicht allein die ökonomische Land- bzw. Hauswirtschaft, sondern die Gesammtheit des Staates interessiert. Mit jedem neuen Auswanderungszuge gerath das Germanisierungswort in den preussischen Ostprovinzen ins Stocken; denn der fortzuziehende Deutsche Arbeiter wird durch Zugewinn aus russischen Polen oder Galizien ersetzt. Es ist hohe Zeit, daß hier auf Abhilfe geunnen und daß insbesondere der gewerbsmäßigen Aufzucht von Sachjüngere ein Ziel gesetzt wird. Private Vorkehrungen, wie Schäftamattung der Arbeiter u. a. m. werden zwar sehr wichtig, aber doch viel zu langsam wirken, um das Uebel erträglich gestalten zu können.

Folgenden freijüngere. „Wig“ leistet sich der bekannte „geistreiche“ Wodensplauderer in der „Freijüngere Zeitung“ vom letzten Sonntag:

„Aus das neue Rezept der Rentiers, das soeben veröffentlicht und in die Oefterungs-Kapitelte geschickt ist, hat einen durchgreifenden Beschluß nach richtiger, und sehr das game Ansehen eines Waisentales nicht unähnlich, deren Spiel aus schon bei oberflächlicher Untersuchung als ränzig sich erwies. Das Wort „ente“ hat jetzt einen ungemein anabaren Klang und wird zu allen möglichen Zwecken verwendet. Die eine Wente löst man auf der anderen bleibt man stehen, fähig aber ist die game Geschichte hier und dort. Das Herr Waisel ein warmer Beförderer dieser Neuschaffungen, darf nicht Wunder nehmen; kann es für einen Finanzminister wohl einen solchen Traum geben, als den über Rentner zu berichten.“

Der „wichtig“ Plauderer verfährt, wie man sieht, aber eine Fülle überausfahrender, natürlich „plauder“ Bilder. Diese Plaudererei freilich dürfte der Gesammtheit anderer Leser, als der des Richterlichen Dramas, kaum entsprechen; denn so stark entwidmet. . . Hauptort geht doch wohl sonst jedermann gern aus dem Wege. Den von Herrn Eugen Richter erfindenen, „Rechtswig“ scheint man übrigens zur recht freijüngere Specialität ausbilden zu wollen; was sehr waren die „Rechtswig“ Baumotz uners Sachjens auf die Vorkreuzte beschränkt. — in dessen man auf die „Freijüngere Zeitung“ nimmt das Gute, wo sie es findet.

Socialdemokratische „Oefterung“. In welcher Weise gegenmündig die socialdemokratische Presse ihre Leser gegen Gottesglauben, Moral und Gesetz aufhetzt, war vor

Annahme von Inzeraten nur bis 9 Uhr Vormittags.

kurgen auch in dem schließlichen Parteiprogramm „Der Arbeiter aus dem Culengebirge“ zu lesen. Die Nummer 26 des genannten Blattes brachte nämlich ein Gebot unter der Überschrift: „Hörgebanten“, in welchem ein Vater seinen 15-jährigen Sohn Lehen bei seinem Eintritt in das Leben gibt und denselben u. a. mahnt, an seinen Gott zu glauben und kein Gericht zu fürchten, der Pfarrer Thun als Trug hinstellt und den Sohn zum Kampf unter der roten Fahne auffordert in der stolzen Hoffnung, daß er kein Gottesritter und Fürstendiener werden wird. Die betreffende Nummer des in Reichenbach a. E. erscheinenden Blattes ist freilich von Seiten der Polizei beschlagnahmt worden; aber wie dies in solchen Fällen meistens zutrifft, vermuthlich erst, nachdem die zur Verwendung bestimmte Auflage bereits in die Hände der Abnehmer gelangt war, also bereits Schaden angestiftet hatte. Wir sind indessen auch für diese Beschlagnahme als sich schon der Weisheit dankbar; ist sie doch immerhin eine, vermuthlich aus einer Anlage wegen Gotteslästerung u. s. v. verknüpfte Verwarnung und stehen doch der Polizei nach dem Wegfall des Socialistengesetzes der Umlaufverhinderung gegenüber Präventivmaßregeln nicht zu Gebote!

Neueste Nachrichten.

Deutschland. Berlin, 15. April. (Von Hofe.) Kaiser Wilhelm begab sich am Dienstag von Berlin nach dem Artilleriechiefsplatz bei Rummersdorf, wohnte dort einer größeren Schießübung bei und entsprach einer Einladung der Officiere zur Tafel. Am Abend fuhr der Monarch nach Berlin zurück. — Prinz Heinrich von Preußen begibt sich am Mittwoch zur Aechthabjagd nach Helsen. — Die Kaiserin besuchte Dienstag das Elisabeth-Hospital in Berlin. — Der Kaiser trifft am 23. d. M. auf der Wartburg ein.

— Einige Zeitungen hatten mitgetheilt, daß das neue preussische Einkommensteuergesetz, welches jetzt im Herrenhause ist, als Handelsobjekt zwischen Konventionen und Centrum zur Durchbringung der Landgemeindeförderung in konföderativen Sinne dienen solle. Der Abg. Graf Stolberg erklärt nun öffentlich, daß sich die konföderative Partei überhaupt nicht auf Handelsgeschäfte einlasse.

— Deutscher Reichstag. Am Dienstag wurde die zweite Beratung des Arbeitergesetzes bei den Bestimmungen über die Arbeitsordnung fortgesetzt. Nach § 134 a sollen Arbeitsordnungen für Fabriken erlassen werden, welche mindestens 20 Arbeiter beschäftigen. Ein socialdemokratischer Antrag, welcher für alle Fabriken Arbeitsordnungen fordert, wird abgelehnt, § 134 a unverändert angenommen. § 134 b bestimmt den Inhalt der Arbeitsordnungen. Es wird darin festgesetzt u. a., daß die Geldstrafe für Arbeiter den Betrag eines ordentlichen Tageslohnes nicht überschreiten soll. Abg. von Stamm (reiflos) fordert den Betrag eines durchschnittlichen Tageslohnes, da es sonst zu schwer sein werde, Zucht und Ordnung in den Fabriken aufrecht zu erhalten. Abg. Birch (frei) ist überhaupt kein Freund von Strafbestimmungen in den Arbeitsordnungen. Redner vertritt sich viel von der Bildung von Arbeiterausschüssen. Abg. Bebel (Soz.) fordert für die Arbeiterausschüsse größere Freiheiten und frisiert verschiedene Arbeitsordnungen, die er zu streng findet. Handelsminister Frhr. von Bodelschwingh empfindet im Interesse der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung in den Fabriken den Antrag von Stamm, während Abg. Dr. Schädel für die Commissionsbeschlüsse eintritt. Abg. Frhr. von Stamm (reiflos) beantwortet nochmals seinen Antrag, ebenso Abg. Dr. Kranke (natlib). § 134 b wird schließlich unverändert angenommen. § 134 c bestimmt u. a., daß der Inhalt der Arbeitsordnung für beide Theile rechtsverbindlich sei. Nach kurzer Debatte wird der § 134 c angenommen und die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

— Preussisches Abgeordnetenhaus. Dienstagssitzung. Die zweite Beratung der Landgemeindeförderung wird mit dem § 59 fortgesetzt, welcher bestimmt, daß bei den Wahlen zur Gemeindevertretung jeder Wähler seine Abstammung mündlich zu Protokoll zu erklären hat. Abg. Ricker (frei) beantragt die Einführung der geheimen Wahl. Dieser Antrag findet nur die Unterstützung des Abg. von Hine (Chr.), wird vom Minister Herrfurth und allen übrigen Parteien bekämpft und schließlich mit 182 gegen 91 Stimmen abgelehnt. Die §§ 60—71 werden unverändert genehmigt. § 72 betrifft die Verwaltung der Landgemeinden und bestimmt die Zahl der neben dem Gemeindevorsteher zu wählenden Schöffen. Derselbe wird unverändert genehmigt und die Sitzung dann bis zum Mittwoch vertagt.

— Der „Reichsanzeiger“ bringt folgende offizielle Mitteilung: Major v. Wisnmann ist durch Allerhöchste Ordre unter dem Ausdruck besonderer Zuerkennung von seinem Kommando als Reichskommissar von Ost-Afrika in Gnaben entbunden worden. Das ihm Seitens des Reichsanzeigers gemachte Anerbieten, weiterhin als Kommissar zur Verfügung des Gouverneurs von Ost-Afrika dem Reiche Dienste zu leisten, hat Major v. Wisnmann angenommen, gleichzeitig aber einen dreimonatlichen Urlaub für Europa erbeten und erhalten.

— Die Zahlungen auf die neue Reichsanleihe sind sehr pünktlich geleistet.

— Die noch lebenden Weber im Culengebirge, haben auf ihre Eingabe an den Kaiser eine Antwort durch den Minister des Innern erhalten, worin es heißt: „Se. Majestät der Kaiser und König legen das Hauptgewicht auf die zur Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden chronischen Noth der Weber zu treffenden durchgreifenden und organischen Maßnahmen und begleiten die weitere Erörterung und Durchführung dieser Maßnahmen mit warmer Theilnahme. Derselben bewenden die Förderung der Einführung neuer Erwerbszweige in die Weberdistricte und die Ueberführung der Handwerker und ihrer Kinder zu anderen Erwerbszweigen. Sollen diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg haben, so müssen die Handwerker selbst die sich ihnen bietende Gelegenheit des Uebertragens zu einem anderen Berufe bereitwillig ergreifen. In der Uebergangszeit müssen sie ferner ertüchtigt bemittelt sein, die zur Besserung ihrer Lage möglichen Maßnahmen zu unterstützen, die gleichfalls der Erörterung unterliegen.“

— Coloniales. Mit der Fertigstellung des Dampfers für den Victoria-Nyanza-See in Centralafrika sind wir den Engländern nun doch zuvorgekommen. Während dort für den Stanley-Dampfer noch gemauert wird, ist der Wisnmann-Dampfer in Hamburg fertig gebaut und wird mit dem nächsten Postdampfer nach Ostafrika gebracht werden. Anfang Juni spätestens kann dann der Transport ins Innere beginnen. — Die englische Regierung hat den deutschen Generalgouverneur Frhr. von Soden in Dar-es-Salaam durch ein britisches Kriegsschiff offiziell begrüßt lassen. — Für den zum Reichskommissar in Ostafrika ernannten Dr. Karl Peters wird am 18. April in Berlin ein Abschiedsessen veranstaltet werden. Dr. Peters wird sich auch dem von der ostafrikanischen Gesellschaft geplanten Eisenbahnbau in Usambara widmen.

— Die Regentin in Lippe-Deimold. Die „Post“ hält ihre Nachricht, Fürst Waldemar von Lippe-Deimold habe testamentarisch bestimmt, nach seinem Tode solle seine Gemahlin Regentin des Fürstenthums werden, trotz aller Unrichtigkeitserklärungen aus Lippe-Deimold, aufrecht. — Die Kreuzzeitung erklärt Zeitungsmeldungen, der Braunschweiger Ministerpräsident Dr. Otto wolle von seinem Posten zurücktreten, für unbegründet. Nach demselben Blatt wird der deutsche Kolonialrath vorläufig nicht berufen werden.

— Der deutsche Reichsanzeiger theilt mit, daß die beiden an der chilenischen Küste angehaltenen deutschen Kohlenfahrzeuge „Molulus“ und „Kajab“ frei seien, deren Führer Genehmigung von den Chilenen erhalten hätten und Verhandlungen wegen der Entschädigung im Gange seien. Privatim wird berichtet, ein englisches Kriegsschiff habe dem „Kajab“ seine Hilfe verweigert. Erst der britische Admiral sei eingetroffen.

— Aus dem Wahlkreise Geestemünde befragen Privatnachrichten, daß es dort in den letzten Tagen den Socialdemokraten sehr schlecht ergangen ist. Die Bauern haben den Agitatoren übel mitgespielt. Die Wahl des Fürsten Bismarck erscheint im ersten Wahlzuge schon möglich.

— Wie die „Nat. Ztg.“ mittheilt ist die Nachricht Berliner Zeitungen, daß die Verhandlungen der dortigen Börse von Geheimpolitikern überwacht würden, unrichtig.

— Oesterreich-Ungarn. Die Verhandlungen des österreichischen Reichsrathes und ungarischen Reichstages verlaufen gegenwärtig ruhig. Sachen von weitem Interesse liegen nicht vor. — Der neue deutsch-österreichische Handelsvertrag wird morgen oder übermorgen unterzeichnet.

— Italien. Die Deputirtenkammer hat am Dienstag ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung standen Vorlagen des Kriegsministers. — In der Umgebung von Wajauah in Afrika soll Hungersnoth herrschen. Die Regierung bestritt, daß die Dinge so schlimm ständen.

— Frankreich. Nach Senegambien soll jetzt eine stärkere französische Expedition entsandt werden, um dem schon seit Monaten dauernden Aufstand ein Ende zu machen. — In Ville ist ein Streik ausgebrochen. Dort und in der Umgebung haben mehrere Arbeitertumulte stattgefunden.

— Orient. Aus Sofia verläutet, 20 bis 30 Verhaftete seien wieder freigelassen, dagegen seien neuerlich in Burgas vier angebliche russische Kollaboranten verhaftet worden. — Hundert bewaffnete Griechen sind auf der Insel Areta gelangt. Türkische Truppen verfolgen dieselben bereits, besondere Bedeutung wird dem Zwischenfall nicht beigemessen.

— Amerika. Präsident Harrison ist mit seiner Familie auf einer Rundreise im Westen begriffen und wird mit den üblichen Ehrenbezeugungen empfangen. — Ein neuer Indienkrieg soll drohen.

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 14. April. Ein Reinegalener schidert der „Raumb. Nachr.“ zur Warnung aller heirathselustigen Jungfrauen, welche auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege unter die Haube kommen möchten, seine

Noth in folgendem Herzensruf: „Eine Annonce ließ mich auf den Veim frieden, und die darin ausgetobene Waise mit 50000 Mk. malte ich mir schon in liebreichenden Farben als meine Braut aus. Doch kam es anders. Auf meinen Brief erhielt ich die Antwort einer Frau, welche sich mir als Vermittlerin anbot und mich aufzoberte, zur persönlichen Vorstellung nach G. zu kommen, aber vorher meine Photographie einzulassen. Bei meiner Ankunft in G. erklärte die Agentin, daß mein Bild bei der Dame und deren Vormund einen sehr günstigen Eindruck gemacht habe. Sodann mußte ich einen Revers unterschreiben, daß ich 600 Mk. zu zahlen habe, falls ich mich im nächsten Jahre verheirathe. Ob mit oder ohne Hilfe der Frau, war nicht gesagt. Ferner verlangte die edle Menschenbeglückerin sofort 50 Mark für ihre bisherigen und ferneren Bemühungen, daß ich aber, als ich erklärte, nicht im Besitz dieser Summe zu sein, mit einer Abschlagszahlung von 10 Mark zufrieden, die ich schließlich auf diesem Altar des Gottes Hymen niederzulegen dumme genug war. Nun wollte mich die Vermittlerin in ein Café führen, wo ich die Dame kennen lernen sollte. Sie ging zuerst, um sich umzusehen, ob es schon so weit wäre, und kam mit dem Bescheid wieder, daß ich mich an den ersten Tisch links setzen sollte. Der Vormund mit der Zucht links setzen sollte. Die Dame durch die Photographie kennen, mußte gleich kommen, und es würde nicht angemessen sein, wenn sie selbst dabei wäre. — Und so sah er lange wartend sehnsuchtsvoll nun da und das Haupt des armen Narren nach der Thüre sah. — Ich fuhr nach Hause mit der festen und gewiß auch zutreffenden Ueberzeugung, daß man einem Reinegalen verzeihen kann.“

† Forta, 11. April. Das Ergebnis der gestern beendeten Aufnahmeprüfung an unserer Landesakademie war folgendes: Zur Prüfung zugelassen waren 53 Kandidaten, für welche 23 Stellen offen waren. Aufgenommen wurden 28, nämlich noch 5 fog. Extracur.

† Rijen, 13. April. Gestern Abend vor Abgang des 1/10 Uhr-Zuges brachte ein Schneidergesele einem Ueberfall auf dem Bahnsteig einen Messerhieb des linken Auges bei; 1/2 Centimeter tiefer, so wäre dieses verloren gegangen. Der rothe Patron wollte in den Zug entweichen, wurde jedoch dingfest gemacht. Gerecht wurde das Motiv seiner Heißhöligkeit.

† Weizenfeld, 13. April. In der Warientstraße hat ein kleiner Knabe von etwa 1 1/2 Jahren in der vergangenen Woche Salzjüde getrunken, woran er bald danach verstarb. Die Salzjüde befand sich in einem nicht verschlossenen Schranke, an den der Kleine rutschend herangetreten war. Er hatte dann die Thüre geöffnet und den tödlichen Inhalt getrunken.

† Erfurt, 14. April. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern gegen Abend in der Bahnhofsstraße ab. Eine Mutter folgte ihrem etwa 4-jährigen Töchterchen, als plötzlich ein großer, gelber Neunbünder Hund das Kind zu Boden warf und zu beißen versuchte. Als die Mutter das Kind, das von Blut und Schmutz bedeckt war, in Sicherheit bringen wollte, griff der Hund die Mutter an, infolgedessen diese jammt ihrem Kinde in den Schmutz geworfen und ebenfalls gebissen wurde. Der Hund spielte den Begleiter eines Dienstmädchens, das über den Hund vollständig machtlos war. Der Besthof des Hundes war von solcher Beschaffenheit, daß er ein Weibchen sehr gut zuleit. Jüngelnde Männer betreten Mutter und Kind.

† Mansfeld, 10. April. Vorgestern Abend machte der Hüttenarbeiter Mohr von hier auf die ledige Marie Kreuze aus Siebigerode einen Worbversuch, indem er ihr mit einem Revolver einen Schuß durch den Kopf beibrachte, so daß die Unglückliche blutüberströmt zusammenbrach. Ehe der Unmuth noch ergriffen werden konnte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine zweite Kugel in den Kopf, in Folge davon er auf der Stelle starb. Als Motiv zu der unseligen That wird unerwiderte Liebe angenommen. Man fürchtet für das Leben der Schwerverletzten.

† Weimar, 12. April. Der Rechtsanwält Siegen hier ist seit einigen Tagen verschwunden. Derselbe war vor Gericht geladen worden, um Rechnung über ihm anvertrautes Geld zu legen, erschien aber nicht zum Termin.

† Arnstadt, 10. April. Ein harter Schicksalschlag traf heute eine hübsche argeheime Familie. Der 17-jährige Sohn, welcher als Secundaner das hiesige Gymnasium besucht, hat sich heute Nachmittag in seinem Zimmer erschossen. Hochgradige Nervosität, sowie eine langwierige Krankheit (Gehirnlähmung) sollen das Motiv zu dieser traurigen That gewesen sein. Auch ging sein Wunsch, zu Dikt. nach Prima verlegt zu werden, nicht in Erfüllung, weshalb er schon mehrfach Aufregungen, die seinen Selbstmord betrahen, seinen Mitschülern gegenüber gethan haben soll.

† Eisenach, 13. April. Der Besuch des Kaisers ist hier amtlich auf den 23. d. M. angemeldet worden. Die Kaiserin trifft am 26. ein. Eine auch in Blatt übergangene Nachricht aus Dresden, derzufolge der Regisseur des dortigen Hoftheaters, Herr Richelien, sich mit der Frau Gräfin Platen, der Wittve des frühem Hoftheater-Intendanten, verlobt haben sollte, wird sich als unzutreffend. Die „Dresd. Ztg.“, welche diese Nachricht kategorisch dementirt, be-

merkt dazu: Frau Gräfin Platen kennt nicht auf der Welt, als den Schmerer und den Tod des Hoftheaters. Herr Richelien aber ist, genau wie zu Lebzeiten des Grafen, der opernwirliche Freund des Hauses geblieben und wird es bleiben.

† Dresden, 11. April. In seiner Wohnung in der Friedrichstraße ist heute früh ein Eisenbahnkassierer in Folge Einmattens von Kohlengas erstickt. Seine Ehefrau, welche Regler angezogen und die Dentschlappe geschlossen hatte, fand man bewußtlos im Bette liegen.

Stadt und Kreis.

Merseburg, den 15. April 1891.

(Beiträge für den localen Theil sind willkommen. Mittheilungen bitten wir mündlich oder schriftlich der Redaction zugehen zu lassen.)

§ Ehrenbürgerbrief. Der in diesen Tagen in den Radmittagsstunden von 3—6 Uhr im Stadtvorordneten-Sitzungssaale zur Ansicht für die hiesige Bürgerchaft ausgetheilte Ehrenbürgerbrief unserer Stadt an Se. Excellenz den General-Feldmarschall Grafen von Moltke ist ein Kundstueck im besten Sinne des Wortes und kann dessen Beschäftigung unsern Mitbürgern nur angelegentlich empfohlen werden. Der Brief selbst hat folgenden Text:

„Dem Allhöchlig Preuß. General-Feldmarschall Herrn Grafen Hellmuth von Moltke, dem Vorkämpfer am Bau der deutschen Einheit, verleiht in ebenso ehrenreicher wie dankbarer Anerkennung der hohen Verdienste, welche er sich in einem langen, an Mühen, aber auch an Erfolgen reichen Leben um das Vaterland erworben hat, das Vortreffliche, das sie zu verleihen hat, ihr Ehrenbürgerrecht.“

Merseburg, den 26. October 1890.

Die Stadt Merseburg.“

§ Als vor einem Jahre die Schriften Moltkes und Honels über Luther angeblichen Selbstmord die evangelischen Kreise weithin in Aufregung versetzten und mit Entrüstung erfüllten, tauchte vom Niederrhein her der Gedanke auf, den zahlreichen protestantischen Deutschen in Rom, welche noch immer eines eigenen gottesdienstlichen Raumes entbehren und sich auf die Mitbenutzung der deutschen Hofkapellens angehen sehen, durch Veranstaltung einer allgemeinen Sammlung zu einem würdigen Gotteshaus zu verhelfen. Ein diesbezüglicher Aufruf fand die Unterstützung von über 100 bekannten Männern aus allen Theilen Deutschlands und brachte dem schönen Unternehmen bis heute rund 60000 Mark ein. Es steht zu hoffen, daß auf diesen verheißungsvollen Anfang ein kräftiger Fortgang folge. Die Angehörigen des katholischen Bekenntnisses gehen mit ermunterndem Vorbild voran. Von den Sammlungen für die zu Ehren Wirthschafts zu einem Nationalheilthum der deutschen Katholiken“ zu erhebende Marienkirche in Hannover ganz abgesehen, sammeln dieselben gegenwärtig allenthalben für eine in Rom neuverbaute „Joachimkirche“. Auch katholische Mitglieder soll dies das 366. katholische Gotteshaus in Rom werden, obwohl die Stadt kaum 300000 katholische Einwohner zählt. Den deutschen Protestanten in Rom soll die erste Kirche gebaut werden. Das evangelische Deutschland dürfte reich genug sein und auch für seinen Glauben soviel noch übrig haben, um diesem Plane zu einer möglichst baldigen und thätigsten würdigen Ausführung zu verhelfen. Wer sich an die Einführung dieser Ehrenschuld beteiligen möchte, sei um Einbringung eines Beitrags an den Pastor Terlinben in Duisburg a. Rhein freundlich gebeten.

§ Turnerische.

Im Verein Gott, voll Muth die Duft, Voll Kraft ein jedes Glied! Zum Guten reg dich und zum Guten auch ein deutsches Ziel!

So heißt es in einem alten Liedchen, und treffender kann in so kurzen Worten die hohe körperliche und sittliche Aufgabe des Turnens nicht ausgedrückt werden. Mehr als eine Viertel-milion Deutscher erstreben als Mitglieder des mächtigen Verbandes der deutschen Turnerchaft in Vebereignung des unumstößlich richtigen Wahrspruches: „Nur in einem gesunden Körper kann eine gesunde Seele wohnen“ die Ausbildung und Kräftigung ihres Körpers, des Tempels der Seele und des Gottes, und viele Tausende, vorher an ihrem Glauben der körperlichen und geistigen Erhaltung verzweifelt, preisen die Turnerische als Retterin und Erhalterin ihres Daseins. Nur Gleichgültigkeit, fürperliche Trägheit und religiöses Vorurtheil sind noch des Turnens Feinde.

Wie der Mensch das Wiedererwachen der Natur freudig begrüßt, das Herz sich dehnt und hinaus reht nach Wald und Feld, so sollte bei dem lebhaften Wunsch, die wundervolle Wiederkehr des Frühlinges noch recht häufig genießen zu dürfen, ein Jeder vor allem die wichtigste Vorbereitung zur Erfüllung dieses Wunsches, die Pflege seines Körpers, seiner Gesundheit als seine wichtigste Lebensaufgabe betrachten.

Und so rufen wir Euch zu: „Tretet ein in unsere Reihen, die Ihr bis jetzt der Turnerei gleichgültig oder mit solchen Begriffen gegenüber standet, kommt auf unsere Turnplätze, übet und stärket Eure Kräfte in edlem Wettstreit mit Gleichgesinnten, bleibet jung in der Jugend und der sichere Lohn, der Euch winkt, ist ein gesunder Körper und ein reiches fröhliches Herz!“ Und vor Allen Ihre Eltern, Vornünder und Schwestern, die Ihr Eure Kinder und Anbe-

